



Gute Nacht, Freunde!

Nebelspalter, Schweiz

„Mord beginnt beim bösen Wort“

SPIEGEL-Serie über Sympathisanten und sogenannte Sympathisanten

Im Griechischen meint *συνπάθεια* sowohl Mitgefühl, Mitleid als auch Übereinstimmung, Einhelligkeit. Im Deutschen ist es, viel schillernder in der Bedeutung, das Schlagwort der Stunde, grell wie Talmi und scharf wie eine Waffe.

„Sympathie“, so erläutert Günter Nollau, ehemals Bonns oberster Verfassungsschützer, in seinem Buch „Wie sicher ist die Bundesrepublik?“, „bedeutet Zuneigung haben, Wohlgefallen finden an jemandem. Ein solches Gefühl darf man in unserem Lande für jeden hegen, auch für die Baader-Meinhof-Leute.“

Darf man das? Toleriert Nollau diejenigen, die Zuneigung zu Terroristen verspüren, die klammheimlich Wohlgefallen haben an Mord und Totschlag

— ist der beamtete Hüter des Grundgesetzes deshalb selber als Sympathisant einzustufen?

Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel meint, Sympathisant „kann schon sein, wer Baader/Meinhof-Gruppe statt -Bande sagt“.

Kann man? Wären dann die stillen Mitläufer des Terrors in der hannoverschen CDU zu suchen, deren „Niedersachsen-Zeitung“ gerade eben erst von „Gruppe“ oder „Vereinigung“ spricht, keineswegs von „Bande“?

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt machte nach der Schleyer-Entführung „Sympathisanten“ für die Tat ebenso verantwortlich wie für Ponto-Mord und Buback-Mord, „vielleicht in einem unvergleichbar höherem Maße“ als die

Täter, „jene Fanatiker, die den Abzugshebel der Maschinenpistolen bedienen“.

„Warum?“ fragt Brandt selber. „Sie bilden die ermunternde Kulisse, vor der die Mörder als Helden agieren können.“ Sind es aber dann namenlose Helfershelfer, die den Terroristen „die Nahrung, die Ausrüstung, den Unterschlupf“ bieten, oder sind es „geistige Wegbereiter“, die Bundeskanzler Helmut Schmidt „an mancherlei Orten unserer Gesellschaft, in manchen ihrer vielfältigen Institutionen und Medien“ seßhaft weiß?

Was da sinnvoller- oder auch überflüssigerweise in der Bundesrepublik neuerdings gefragt wird — eindeutige Antworten gibt es kaum, und noch die absurdesten sind möglich: Das nieder-

sächsische CDU-Blatt, das „Gruppe“ statt „Bande“ schrieb, erscheint dem hessischen Unionsabgeordneten Leonhard Brockmann wahrhaftig suspekt: „Hier fehlt nur noch die Bezeichnung ‚Baader-Meinhof-Kränzchen‘.“ Und daß zwei sozialdemokratische Bundeskanzler, der ehemalige Brandt und der jetzige Schmidt, in den Dunstkreis der Mitverantwortlichkeit zu rücken seien, wird ständig von rechts insinuiert.

„Sympathisant“ ist für das „ZDF Magazin“ der Stuttgarter Schauspielerektor Claus Peymann, der Spenden für die Zahnbehandlung der Terroristin Gudrun Ensslin sammeln ließ und gegen den die Polizei-Gewerkschaft daraufhin zum Theater-Boykott aufrief. „Sollen wir“, fragten ostentativ ratlose Stuttgarter in Leserbriefen ans Lokalblatt, „unsere Abonnements aufgeben?

zu dem man sagt: „Guck mal an, der böse Staat hier, Faschismus, Folter, Mord und so weiter — und jetzt gib mal deinen Paß her.“ Müller: „So läuft das mit den Sympathisanten.“

Ob es Leute sind, die im strafrechtlichen Sinne nachweislich Beihelfer der Terroristen sind, ob es Klammheimliche sind, denen nie etwas nachzuweisen ist, ob es sich um die Bölle und Gollwitzers handelt, um Literaten und Professoren, Anarchos oder Spontis — es geht alles durcheinander in Sachen Sympathisanten, wobei es, komplizierterweise, auch „Sympathisanten von Sympathisanten“ gibt, wie die „Stuttgarter Zeitung“ anmerkt.

„Der Sympathisant ist Mittäter“, so zitiert „Bild“ einen von der CDU-Hinterbank, „er ist nicht besser als der Mörder“ — aber wenn es denn so

„Bild“ beanstandete — am 15. Tag nach der Schleyer-Entführung die Nachricht, daß keine neuen Nachrichten vorliegen, „erst an neunter Stelle“ plazieren? Oder die Feuilleton-Redakteure der „Frankfurter Allgemeinen“, die „ausgerechnet jetzt“, wie die „Welt am Sonntag“ moniert, „eine neue Kurzgeschichte von Heinrich Böll“, dem notorischen Sympathisanten, abzdrukken wagen?

Sympathisant, soviel wird bei so viel Sympathisanten-Gerede klar, ist jeder, der dafür gehalten wird. Die Bezeichnung kommt einer Worthülse gleich, die alle Tage irgend jemandem an den Kopf geworfen wird, randvoll mit Verdächtigungen und bar jeder Präzision.

Der schwammige Begriff ist vielmehr zu einem Sprachknüttel des politischen Kampfes geworden; in seiner unterschiedlichen Anwendung hält er den strafrechtlich belangbaren Täter, der terroristische Straftaten aktiv unterstützt, dazu auffordert oder sie billigt, und denjenigen nicht auseinander, der die vorgebliebenen Motive zu verstehen angibt, aber nicht die Taten billigt.

Ebensowenig unterscheidet er zwischen den Befürwortern der Gewalt und denjenigen, die sich „Systemkritiker“ nennen oder gar als „revolutionär“ verstehen, aber Gewalt ablehnen. Und er schlägt über einen Leisten sowohl den, der dem Terrorismus Sympathie bekundet, als auch denjenigen, der Zweifel an der

Rechtsstaatlichkeit bei der Aufarbeitung des Terrorismus-Problems äußert.

Kurzum, er eignet sich vorzüglich, den ganzen „Sumpf“ (Strauß) der Sympathisantenzene zu beschreiben, wer immer darin auch stecken mag. Nach Lage der Dinge in der Republik heißt das: Für jeden Rechten steht der Sympathisant ausnahmslos links, für die allermeisten Linken jeweils weiter links, letztlich im unpolitischen Abseits.

Wohl vergebens mahnt denn auch die Humanistische Union, den Begriff zu vermeiden, „um einer Vergiftung des politischen Klimas entgegenzuwirken“. Unter dem Zeichen des „Sympathisanten“ hat die Generalabrechnung von rechts mit allem, was links ist oder links erscheint, schon begonnen.

Auf die Gelegenheiten zum politischen Kehraus, wie sie sich nach den



Sympathisanten-Parole (in Hamburg): „Der Sympathisant ist nicht besser als der Mörder“

Werden wir nicht ‚Mitläufer‘ und Förderer, wenn wir es nicht tun?“

„Sympathisant“ ist für westdeutsche Staatsschützer der niederländische Anwalt Herman Bakker-Shut, der — im Gegensatz zu Amnesty International — die Baader/Meinhof-Häftlinge als „politische Gefangene“ bezeichnet und jetzt die Verteidigung des in Holland verhafteten Terroristen und mutmaßlichen Buback-Attentäters Knut Folkerts übernommen hat. Der Holländer, so ließ das Bundeskriminalamt (BKA) verlauten, unterhalte schon seit langem zu deutschen Terroristen ähnlich konspirative Beziehungen und spiele „eine ähnliche Rolle“ wie der Ex-BM-Anwalt Klaus Croissant, der letzte Woche in Frankreich festgenommen wurde.

„Sympathisant“ ist für den ehemaligen RAF-Mann Gerhard Müller einer,

wäre, wie viele wären es dann: 1000 bis 1500 aktive Helfer der Terroristen, von denen das BKA ausgeht, oder 5000 potentielle Unterstützer? Sind es Tausende von Hochschülern, die sich insgeheim über Terrorakte freuen? Vielleicht gar Zehntausende, die nicht mit den Taten, wohl aber mit vermeintlichen Motiven sympathisieren?

Oder noch mehr? Für die katholische Kirche jedenfalls ist jedermann mitverantwortlich, der durch Kritik am Abtreibungsverbot gezeigt hat, daß es ihm an Ehrfurcht vor dem keimenden Leben mangle. Für Springers „Welt“ wiederum tragen die Kirchen selber Schuld, weil sie nicht rechtzeitig ihre „Tempel gereinigt“ haben von Kommunisten im Talar.

Und sind nicht auch die Redakteure der Tagesschau verdächtig, die — wie



Apo-Gewalt*: „High sein, frei sein . . .

Terroranschüssen dieses Sommers ergaben, haben Konservative aller Härtegrade, so scheint's, lange gewartet. Nun kriegen die „sogenannten Intellektuellen“ (Biedenkopf) ihr Fett wie lange nicht mehr. Die „schlotterhosigen Liberalisten“ („Bild am Sonntag“) sind ebenso dran wie nicht näher benannte „marxistisch-leninistische Bettnäster“ (so Springer-Autor Hans Habe), vor allem aber die Bewegung im Hintergrund, die „Zauderer“, „eigentlichen Urheber“, „Verniedlicher“ und „Verharmloser“ und: die Sozialliberalen in Bonn.

Freilich gehen nur wenige Christdemokraten öffentlich so weit wie der Ex-SPD-Mann und CSU-Bundestagsabgeordnete Günther Müller, der dem parlamentarischen Gegner anlastet, er empfinde in weiten Teilen „nicht nur klammheimliche Freude daran, wenn dieses System zerschlagen wird“.

Und auch die Kampagne gegen prominente Sozialliberale, sie stünden in Beziehung zum Terror, bleibt weitgehend dem rechten Umfeld überlassen. Eine Ausweitung der Sympathisanten-Szene auf den SPD-Parteivorstand etwa unternimmt Springers „Welt“:

In den ersten Tagen nach dem Überfall von Köln sah es noch so aus, als könnte eine Besinnung zur Umkehr auf der Sympathisantenszene eingeleitet werden. Inzwischen haben sich einige wieder eines Schlechteren besonnen. Hans Koschnick relativiert bereits: es dürfe keine „Intellektuellenhatz“ geben.

Spitzenchristen wie Kurt Biedenkopf können sich darauf beschränken, dem SPD-Vorsitzenden lediglich Mit-Verantwortung am Terror zuzuschreiben („die er in all den Jahren durch die Verniedlichung der Gefahren des Linksextremismus auf sich geladen hat“).

* Aktion vor dem West-Berliner Landgericht am Tegeler Weg 1968.

Terroristen, bemerkte Bundesratspräsident Bernhard Vogel, verdienten keine Liberalität. Wer sie ihnen dennoch gewährt, sagt wiederum die Bonner „Welt“: die Liberalen. Maihofer und Genscher „beim Düngen des Umfelds“ — solche Vorstellung scheint dem rheinischen Springer-Blatt „die Wahrheit“ und nicht etwa absurd.

Daß es christkonservative Strategie ist, die Bonner Regierung erst ins Terror-Umfeld zu eskamotieren und sodann dort möglichst publikumswirksam schmoren zu lassen, plauderte wieder einmal Bayerns CSU aus. Der Bonner

Krisenstab, erkannte das Parteipräsidium, dürfe kein Instrument „zur Umverteilung der Verantwortlichkeiten“ sein; Oppositionsvertreter in Helmut Schmidts Beraterrunde — so die Christsozialen ganz im Geist von Sont-hofen — hätten nicht die Aufgabe,

die Verantwortung für Entwicklungen zu übernehmen, die Bundesregierung und Koalitionsparteien durch eine gegen die Opposition durchgesetzte Politik gefördert und infolgedessen allein zu verantworten haben.

Die Absicht wird erkennbar: die Sozialliberalen für alles und jedes in Sachen Terror haftbar zu machen, für vermeintliche Ursachen (hauptsächlich in der Bildungspolitik) wie für vermeintliche Folgen (hauptsächlich in der Sicherheitspolitik).

Und die Sozialliberalen werden sich auch auf den Generalvorwurf gefaßt machen müssen, sie hätten sozusagen am Zeitgeist schuld — an der Apo, an der Neuen Linken. Helmut Schmidt, riet der „Bayernkurier“, möge „sich erinnern, was aus dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund geworden ist, dessen langjähriger Vorsitzender er in den Gründerjahren war“.

Da wird es rechts nicht ins Gewicht fallen, daß Schmidts SDS eine vergleichsweise lammfromme Studentenorganisation war; daß sich die Partei 1960 von der Gruppierung gerade deshalb trennte, weil sie sich zunehmend radikal gebärdete; daß der Aufbruch der Apo sich gegen das Bonner Establishment der Großen Koalition, gegen CDU wie SPD, richtete — nach dem Grobraster der Union ist rot im Zweifelsfall rot, parlamentarisch links gleich außerparlamentarisch links, und da ist die Geschichte dann geklit-



... ein bißchen Terror muß dabei sein“: Apo-Opfer*

tert. Denn die Wurzeln terroristischer Gewalttätigkeit reichen, kein Zweifel, zurück in die sechziger Jahre, in die Zeit der Außerparlamentarischen Opposition, der Apo.

In der Mitte des vorigen Jahrzehnts hatte an den westdeutschen Hochschulen noch jenes Ritual gegolten, das aus dem kalifornischen Berkeley und der US-Bürgerrechtsbewegung auf die Alte Welt gekommen war — Sit-in und Teach-in, durchweg Protestformen der „passiven Gewalt“.

Dieser Apo-Konsens hatte auch noch Bestand, als nach Anti-Schah-Demonstrationen am 2. Juni 1967 der Berliner Benno Ohnesorg durch die Kugel eines Polizisten starb, dessen Vorgesetzter die martialische Parole

zoologie-Professor Erwin K. Scheuch: „Wir Älteren müssen jetzt versuchen, ihre Sache zu verstehen, statt an ihren Formen Anstoß zu nehmen.“

Verständnis für Regelverletzungen begegnete den Demonstranten weithin auch, als sie Ostern 1968 vor Springer-Häusern gegen den Mordanschlag auf Rudi Dutschke protestierten. Und nicht einmal nachdem Fahrzeuge des Springer-Verlags in Flammen aufgegangen waren, wurde die Schuld allein den Brandstiftern zugesprochen. Das Klima der Gewalt, kommentierten 14 Professoren und Schriftsteller, darunter der Historiker Golo Mann, sei „systematisch vorbereitet“ worden, insbesondere durch studentenfeindliche „Leitartikel des Springer-Konzerns“.

in der Bundesrepublik Weltanschauung mit Gewalt durchgesetzt werden dürfe, zerfiel die Apo in

- ▷ eine „schwarze Linie“ (Studentenjargon), der anarchistisch und maoistisch beeinflusste SDS-Gruppen und Kommunisten folgten; viele stiegen später in den Terror-Untergrund hinab oder organisierten sich in sektiererischen K-Gruppen,
- ▷ eine „rote Linie“, der Radikaldemokraten, orthodoxe Kommunisten, gewerkschaftlich orientierte Sozialisten sowie Linksliberale und Pazifisten anhängen; sie lehnen allesamt Gewalttäter als „Verbündete der Reaktion“ ab.

Zwar waren sich „Schwarze“ und „Rote“ anfangs einig, daß begrenzte



Kaufhausbrand-Prozeß (1968)*: Schwarze Linie in den Untergrund, rote Linie gegen Terror

ausgegeben hatte: „Nehmen wir die Demonstranten als Leberwurst, nicht wahr, dann müssen wir in der Mitte hineinstecken, damit sie an den Enden auseinanderplatzt.“

Polizeiliches Fehlverhalten — das wenig später auch zum Rücktritt des Regierenden Bürgermeisters Heinrich Albertz führte — provozierte zunächst weithin Verständnis für die vergleichsweise geringfügigen Regelverletzungen einzelner Demonstranten: Angesichts des offenkundigen „Unrechts an den Studenten“ müsse sich die Gesellschaft „vor einer besonderen Art von Pharisäertum hüten: jeden Formfehler der Studenten zum Anlaß der Distanzierung von unbequemen Studenten zu nehmen“, forderte damals, bei einer Ohnesorg-Trauerfeier, der Kölner So-

Das Wohlwollen, sicher nicht zu deuten als Beifall für Krawalle, verlor sich sofort, nachdem die Gewalt eine neue Qualität angenommen hatte. Als nach den Oster-Unruhen zwei Münchner an den Folgen von Kopfverletzungen starben, war das Urteil jedenfalls der liberalen Öffentlichkeit einhellig: „Kein Jonglieren mit Begriffen“, kommentierte die Hamburger „Zeit“, „kann die Schreibtischtäterschaft des SDS aus der Welt schaffen.“ Im SPIEGEL schrieb Rudolf Augstein: „Die zwei Toten der Ostertage gehen auf das Konto des SDS, daran gibt es keinen Zweifel.“

In den Zirkeln der Apo, die an den Hochschulen vor allem vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund repräsentiert wurde, leiteten die Münchner Steinwürfe eine Gewalt-Diskussion ein, in deren Folge sich die Studentebewegung spaltete. Über die Frage, ob

„Gewalt gegen Sachen“, etwa gegen Zäune, erlaubt sein könne. Denn infolge der Springer-Rolle im Pressewesen und der damals regierenden Großen Koalition in der Bundesrepublik würden andersdenkende Minoritäten „ohne Provokation... überhaupt nicht mehr wahrgenommen“ (Rudi Dutschke).

Verwischt wurde die — ohnedies nebulöse — Grenze zwischen der „Gewalt gegen Sachen“ und der „Gewalt gegen Personen“ vom damaligen Apo-Anwalt und späteren Terroristen-Anführer Horst Mahler. Bei einem Teach-in entgegnete er 1968 auf die Frage, ob bei Kampfdemonstrationen Todesfälle „einkalkuliert“ werden müßten: „Das ist genauso, wie wenn ich mich an das Steuer eines Autos setze und damit rechnen muß, daß ein Reifen platzt.“

Im Mai 1967 bereits hatte der Kommunisten- und spätere Anarcho-Terro-

* V. l.: die Angeklagten Thorwald Prohl, Horst Söhnlein, Andreas Baader, Gudrun Ensslin.



Apo-Aktion*: „Kopf und Konzept verloren“

rist Fritz Teufel auf Flugblättern („Burn, warehouse, burn“) zum Feuerlegen aufgerufen — was Literatur-Gutachter damals als „Satire“ qualifizierten. Gleichwohl schloß der SDS, in dem 1967 noch die „rote Linie“ dominierte; den Kommunarden wegen „Scheinradikalismus“ aus.

Auch im April 1968, als nach einem Brandanschlag (unter den Tätern: Gudrun Ensslin und Andreas Baader) auf zwei Frankfurter Kaufhäuser rund 2,2 Millionen Mark Schaden entstand, äußerte sich der SDS-Bundesvorstand „zutiefst bestürzt“. Doch Teufels Kommune I artikulierte nun schon die Hoffnung, daß „eine mögliche Verurteilung der Frankfurter Brandstifter das Mittel der politischen Brandstiftung in Zukunft nicht disqualifiziert“.

Der verwaschene Begriff Gegengewalt tauchte auf, der quasi alles rechtfertigen sollte, was gegen vermeintlichen Terror unternommen wurde: „Polizei-, Erziehungs-, Bomben- und Prü-

* Angezündete Springer-Autos vor dem Berliner Verlagsgebäude 1968.

fungsterror“, so ein Autor der Hamburger Studentenzeitschrift „Auditorium“, „sind die gängigen Schrecken, deren sich die Herrschenden bedienen.“ Da helfe nur Gegenterror „gegen bestimmte Menschen und bestimmte Objekte“, der „im höchsten Grade selektiv sein“ müsse.

Fünf Monate später hatte sich diese „schwarze Linie“ im SDS durchgesetzt: Nunmehr beklatschten die Delegierten der Frankfurter SDS-Bundeskonferenz einen Auftritt des ausgestoßenen Teufel („Leute, die Warenhäuser anzünden, sind mir lieber als Leute, die Warenhäuser besitzen“) und boten ihm den Wiedereintritt in den SDS an.

Im Herbst jenes Jahres auch erhob der Berliner SDS-Kämpfer und spätere K-Grüppler Christian Semler die von Mahler verteidigte Regelverletzung zur Regel: Die „alte Unterscheidung“ zwischen Gewalt gegen Sachen und Gewalt gegen Personen sei „überholt“. Als im November 1968 Studenten und Rocker am Tegeler Weg in Berlin offensiv mit Steinen gegen Polizisten voringen und 130 Beamte, aber nur 22 Demonstranten verletzt wurden, jubelte Semler, eine „neue Ebene der Militanz“ sei erklimmen.

Anhänger der schwarzen Linie propagierten fortan unverhüllt Gewaltanwendung („Schmeißt auf Bürokraten Eierhandgranaten“) und warfen „Mao-Cocktails“ in Kaufhäuser und Konsulate („High sein, frei sein, ein bißchen Terror muß dabeisein“). Als in Berlin 1968 eine Brandflasche ein Polizeipferd namens „Zerline“ ansengte, bemerkte der Anarcho-Kommunarde Dieter Kunzelmann: „Immerhin, es ist ein Anfang.“

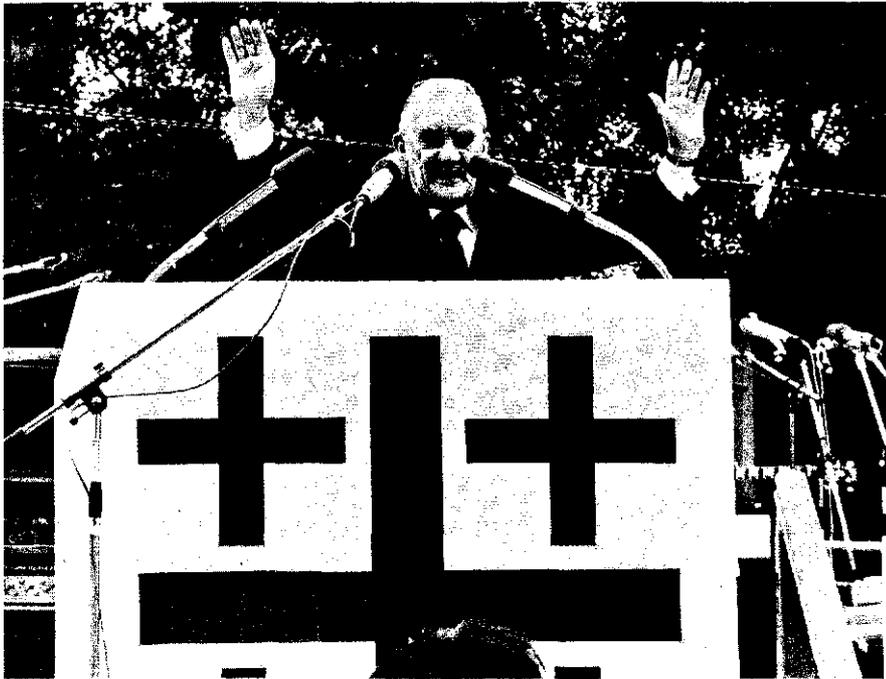
Damals bereits rückte auch Ulrike Meinhof, noch „Konkret“-Kolumnistin, an die Seite der Benzin-Strategen: „Wenn ein Lastauto mit Springer-Zeitungen angesteckt wird, ist das Brandstiftung. Wenn alle Springer-Autos brennen, ist das eine politische Aktion.“ Und etliche ihrer Leser machten sich schon einen mörderischen Reim darauf: „Gegen Aktionäre helfen nur Gewehre.“

Damals aber auch formulierten die Anti-Anarchisten von der „roten Linie“ der Apo erste Kritik an solchem Gewalt-Verständnis: Moskautreue Kommunisten schimpften auf die „linken Abenteurer“; der liberale Flügel des Berliner „Republikanischen Clubs“ nannte die offensiven Kampfdemonstrationen „falsch, ja konterrevolutionär“; der Frankfurter Apo-Lehrmeister Jürgen Habermas warnte vor der „verhängnisvollen Strategie“ der Gewalt.

Auf Gegenkurs zur „schwarzen Linie“ gingen schon 1968 jene Politiker und Intellektuellen, die nun, knapp zehn Jahre später, der Terroristen-Sympathie oder doch der geistigen Urheberschaft bezichtigt werden. Ob Jungsozialisten oder Gewerkschaftsjugendliche, ob Brandt oder Böll, ob



Apo-Akteur Teufel (1968): „Burn, warehouse, burn“



Scharf

lausten Nichtstuar, einen Zerstörer der gesellschaftlichen Ordnung oder auch einen gottlosen bösen Tyrannen. Das verurteilende böse Wort über den andern ist schon der Anschlag auf sein Leben.

Das waren Worte, die radikale Linke, aber auch Rechte auf sich beziehen mußten. Die einen hörten nicht zu, die anderen zahlten ihm heim.

Nachdem Scharf 1974 versucht hatte, Ulrike Meinhof bei einem Gespräch in deren Zelle zum Abbruch ihres Hungerstreiks zu bewegen, wurde er als „Baader-Meinhof-Bischof“ titulierte. Da spielte es keine Rolle, daß der Geistliche seit vielen Jahren Polit-Tätern und -Opfern jedweder Couleur Besuche im Gefängnis und am Krankenbett abgestattet hatte — so dem Rechtsradikalen Ekkehard Weil, der in Berlin auf einen Sowjet-Soldaten geschossen hatte, oder auch dem Angestellten Georg Linke, der bei der gewaltsamen Baader-Befreiung 1970 schwer verletzt worden war.

Das Prädikat „Anwalt der Aufrührer“ verlieh „Bild“ dem Berliner Pfarrer Heinrich Albertz: Er hatte als Regierender Bürgermeister Polizei-Übergriffe „ausdrücklich und mit Nachdruck“ gebilligt, nach seinem Rücktritt aber erkannt, ihn hätten am 2. Juni 1967 „Mauern von Unkenntnis und Fehleinschätzung umgeben“.

Als „sonderbar“ und „etwas wirt“ wird Albertz seither qualifiziert, wenn er etwa in einem „Wort zum Sonntag“ über das 5. Gebot sagt:

„Du sollst nicht töten“ gilt für jeden von uns, alle, die Macht haben, Gewalt auszuüben, also auch: Regierungen und Konzerne, Großbanken und Gewerkschaften, Parteien und Verbände, ja auch die großen Kirchen. Wer die Mordtaten von Terroristen glaubwürdig verurteilen will, muß zuerst sich selber fragen, wo er Gewalt ausübt, die Leben zerstört: etwa durch Geldanlagen in Ländern, in denen Menschen gefoltert und liquidiert werden, etwa durch eigene Fahrlässigkeit im Umgang mit der ihm anvertrauten Staatsgewalt, etwa durch Schweigen zu Entwicklungen, die uns wegführen von dem großen Angebot der Freiheit in unserem Grundgesetz. Wer hart, ja unerbittlich auf die Morde von Berlin, Stockholm, Karlsruhe und Oberursel reagiert, der muß sich selber messen mit den Maßstäben, die er an andere anlegt. Ich bleibe also dabei: Wer brutale Gewalt übt, bringt schließlich sich selber und uns alle um. Aber ich füge hinzu: Es ist unsere Gesellschaft, die ihre Mörder produziert.

Das fängt auf unseren Straßen mit Tausenden von Verkehrstoten an und hört mit dem eisigen Gesetz der Abschreckung durch unsere militärische Rüstung in aller Welt auf. Das reicht von bestimmten Polizeieinsätzen bis zu den elenden Folgen des Radikalenerlasses. Das meint die rücksichtslose Ausnutzung der Freiheit als einer Freiheit des jeweils Stärkeren ebenso wie die stupide Intoleranz extremer Gruppen zur Rechten und zur Linken, die kein ernsthaftes Gespräch mehr möglich machen.

Solche Rede, die gewiß ein einseitiges Verständnis politischer und sozialer Zusammenhänge erkennen läßt, genügt der „Welt“ regelmäßig für Hinweise wie: „Der Zufall — oder auch nicht — wollte es, daß der Terrorist Kröcher ...



Gollwitzer

Günter Graß oder Helmut Gollwitzer, Präses Scharf oder Pastor Albertz — sie alle hatten, obschon manchmal mit Wens und Abers, ihre Gegnerschaft gegenüber dem Terrorismus nie verhehlt, freilich auch nicht ihre Kritik an der rechten Christdemokratie oder an der Springer-Presse.

Der Schriftsteller Günter Graß zum Beispiel, schon des Bartes und des Butts wegen so manchem Bürger suspekt, hatte vom ersten Steinwurf an zum Gewaltverzicht gemahnt, allerdings auch der Springer-Presse Mitschuld an den Osterunruhen eingerieben. Graß am 2. April 1968:

Die Studenten haben nach dem Attentat genau das gemacht, was die Springer-Presse von ihnen erwartet. Sie haben Kopf und Konzept verloren und bilden jetzt eine ungeheure Angriffsfläche. Stellen Sie sich vor, der SDS hätte nach dem Attentat auf Dutschke erklärt: „Wir verzichten zwei Tage auf jede Demonstra-



Albertz

Sympathie-Verdächtige Theologen Unvermeidliches Zwar—Aber

tion, weil wir genau wissen, daß Springer mitschuldig ist an dem Attentat auf Dutschke. Weil soviel Zorn aufgespeichert ist, daß wir mit unseren beschränkten Organisationsmöglichkeiten nicht in der Lage sind, gewalttätige Übergriffe zu verhindern.“ Mit solch einem Verhalten hätten die Studenten Einsicht bewiesen, an der es dem von ihnen angegriffenen Establishment mangelte.

Eine ähnliche Position bezog, gleichfalls im April 1968, der Berliner Bischof Scharf:

Der, an dessen Kreuzestod wir heute erinnert worden sind, sagt in seiner großen Bergrede: Mord beginnt beim bösen Wort über den Mitmenschen. Nicht der erst ist ein Mörder, der einen anderen totschießt, sondern schon der, der ihn einen gefährlichen wertlosen Lumpen nennt, einen ver-

höchst ähnliche Argumente zur Rechtfertigung der Mordanschläge veröffentlichten ließ.“ Der Zufall — oder auch nicht — will es, daß die „Welt“ unmißverständliche Passagen aus Albertz' Sonntagsworten zu zitieren unterläßt, etwa:

Heute ... will ich ganz gezielt und deutlich die ansprechen, die immer noch glauben, sich mehr oder weniger heimlich über den Tod eines Mächtigen freuen zu können. Die im Hintergrund oder im Untergrund des Terrors helfen. Sie helfen Mördern. Und was mindestens ebenso schlimm ist: sie helfen jeder reaktionären Wendung weg von Freiheit und Frieden in unserem Land. Ja, sie bringen jede kritische, radikale Bürgerhaltung in Verruf.

Ich sage das als Pfarrer. Bescheidener: als einer, der versucht, ein Christ zu sein ... Wer brutale Gewalt übt, wer mordet, wer Mörder unterstützt, wird nicht nur an seinen unmittelbaren Opfern schuldig. Er zerschneidet jeden Lebenszusammen-

hang, im Sommer dieses Jahres die Terroristen, der „heimtückischen und idiotischen, politisch und menschlich gleich verwerflichen Morderei“ ein Ende zu machen.

An Äußerungen Gollwitzers aber wird auch die Unschärfe deutlich, mit der mancher aus der Geisteswelt seinen Abstand zum landeseigenen Terror markierte — und jenes schier unvermeidliche Zwar-Aber, jene Differenziertheit, aus der sich Verständnis für vermeintlich nun mal notwendige Gewalt herauslesen ließ. „Wer sich über Bomben bei uns erregt“, schrieb der Wissenschaftler, „nicht aber über die jahrelangen amerikanischen Massensbombardierungen in Vietnam, heuchelt.“

Für radikale Gemüter war die Kausalität hergestellt: Da der Kapitalismus

Auch Heinrich Böll hatte schon nach den ersten Baader-Meinhof-Taten aus seiner Haltung gegenüber den westdeutschen Militanten keinen Hehl gemacht, aber auch oft genug Deutungen herausgefordert: „In unserem Staat ist es strategisch völlig unrealistisch“, sagte der Schriftsteller, „Waffengewalt anzuwenden“ — glasklare Ablehnung solcher Waffengewalt oder nur pragmatische Einschätzung des Erfolgs?

„Die Bölls sind schlimmer als Baader-Meinhof.“

Zudem beging Böll, wie er es sieht, „die kriminelle Sünde der Differenzierung“: Er warnte zugleich auch vor der „Schändlichkeit“ des Radikalenerlasses, der „Hunderte, vielleicht Tausende von Jugendlichen ... in den Untergrund treiben“ werde, erinnerte daran, „daß selbst der Rechtsbrecher Rechte hat“.

„In vielem“, so räumt Böll ein, verfuhr er „sehr ungeschickt“. So bot er Angriffsflächen, als er vor fünf Jahren den „sinnlosen Krieg von 6 gegen 60 000 000“ auf soziale Ursachen zurückführte und mit solcher Formulierung zumindest nicht ausschloß, daß dieser Krieg dann wohl gute Gründe habe:

Haben die Polizeibeamten, Juristen, Publizisten je bedacht, daß alle Mitglieder der Gruppe um Ulrike Meinhof, alle, praktische Sozialarbeit getan haben und Einblick in die Verhältnisse genommen, die möglicherweise zu dieser Kriegserklärung geführt haben?

Selbst bei wohlwollenden Interpretatoren stieß er auf Unverständnis, als er, im selben Artikel, Parallelen zwischen Strafverfolgung im Rechtsstaat und Menschenjagd im NS-Reich zog (SPIEGEL 3/1972):

Haben alle, die einmal verfolgt waren, von denen einige im Parlament sitzen, der eine oder andere in der Regierung, haben sie alle vergessen, was es bedeutet, verfolgt oder gehetzt zu sein? Wer von ihnen weiß schon, was es bedeutet, in einem Rechtsstaat gehetzt zu werden von „Bild“ ... Waren nicht auch sie, die ehemals Verfolgten, einmal erklärte Gegner eines Systems, und haben sie vergessen, was sich hinter dem reizenden Terminus „auf der Flucht erschossen“ verbarg?

Ein solcher Vergleich, beanstandete umgehend der sozialdemokratische NRW-Justizminister Diether Posser, sei eine „böse Entgleisung“ (SPIEGEL 5/1972). Böll korrigierte sich: Posser habe, räumte er in einer Replik ein, „im großen ganzen“ recht (SPIEGEL 6/1972).

Und unter Entgleisungen wurde auch die Frage abgelegt, die Böll am 28. März 1971 in den „Lübecker Nachrichten“ stellte: „Es ist doch wohl kaum zu verantworten, gegen Frau Meinhof einen Steckbrief mit der Überschrift ‚Mordversuch‘ zu erlassen, wo immer



Schriftsteller Böll, Graß: Mißverstanden, mißverständlich

hang, er zerstört das Bild des Menschen, der ein Geschöpf Gottes ist, er endet dort, wo wir schon einmal geendet sind, als ein Mörder unser Volk regierte.

Ähnliche publizistische Sonderbehandlung wie Albertz widerfährt seit Jahren Helmut Gollwitzer. Schon 1968 beschwor der Theologieprofessor Berliner Studenten, die von ihnen gezogene Grenze zwischen Gewalt gegen Sachen und solcher gegen Personen „nicht zu überschreiten“, sondern im Gegenteil zu bedenken, daß diese Grenze „bei Steinwürfen schon nicht mehr zu ziehen ist“.

Drei Jahre später appellierte Gollwitzer an die Linke, dem Trend zur Brutalisierung „äußersten Widerstand“ entgegenzusetzen. Nach dem „gemeinen Mord“ am Berliner Kammergerichtspräsidenten Drenkmann 1974 forderte er die Öffentlichkeit dazu auf, „beizutragen, daß die Täter gefaßt wer-

ohnein international haftbar ist, darf sich kein Deutscher wundern, wenn Napalm in Indochina auch Sprengstoff in der Bundesrepublik entzündet.

Für den Theologen Gollwitzer kann sich die Menschheit „den Kapitalismus nicht mehr leisten, sie stirbt an ihm“. Und: „Darum ist es ein Kampf auf Leben und Tod.“ Zwar, „wenn junge, bürgerliche Menschen ... zu sinnloser Gewalt greifen, dann müssen sie natürlich mit allen rechtsstaatlichen Mitteln“ daran gehindert, nur: „zugleich aber doch verstanden werden“.

Ob solche Rede auf der äußersten Linken Skrupel beseitigt hat, ist kaum auszumachen. Eindeutig war die Reaktion von rechts. Der CSU-„Bayernkurier“ befand, Gollwitzer werde nicht müde, „für den Terror der Baader-Meinhof-Bande zu werben“.

Wir suchen noch gute Autofahrer.



Die Rheinland-Versicherung ist in der glücklichen Lage, besonders günstige Tarife anzubieten. Das verdankt sie vor allem ihren Versicherungsnehmern. Denn sie fahren offensichtlich rücksichtsvoller, partnerschaftlicher, besser.

Warum also von guten Autofahrern mehr Geld verlangen als unbedingt nötig. Damit sie vielleicht das Blech anderer finanzieren? Die Rheinland-Versicherung meint: Nein.

Wichtig für alle, die wechseln wollen.

Wenn Sie sich zu den guten Autofahrern zählen, dann rufen Sie doch Ihren Rheinland-Versicherungsberater an. Übrigens, die Kfz-Versicherung kann gewechselt werden bei:

- * fristgemäßer Kündigung (3 Monate vor Ablauf des Versicherungsjahres) oder
- * bei einer Kfz-Neuzulassung.

Kleine Beiträge und großer Service!

Wählen Sie nicht niedrige Beiträge oder Service, sondern verlangen Sie beides:

1. Kleine Beiträge bei optimaler Absicherung und
2. einen Außendienst, der Ihnen im Schadensfall den Papierkrieg abnimmt und Sie ständig berät. Kostenlos versteht sich.



R H E I N L A N D VERSICHERUNGS-AKTIENGESELLSCHAFT

4040 Neuss, Marienkirchplatz 4-6, Tel. (0 21 01) 2 90-1

Die Versicherung der guten Autofahrer.

Rufen Sie unsere Geschäftsstelle an: Berlin 15 (0 30) 8 81 70 27/28, Bielefeld (05 21) 6 71 27/28, Bremen (04 21) 3 24 27 8, Dortmund 1 (02 31) 5 28 5 78, Düsseldorf (02 11) 8 04 31, Düsseldorf (02 11) 3 2 60 34, Essen (02 01) 2 24 0 54, Frankfurt/M. (06 11) 2 8 79 54, Goch (02 8 23) 73 88, Hagen i. W. (02 3 31) 2 46 74, Hamburg 36 (0 40) 3 5 40 01/02, Hannover (05 11) 8 170 16, Karlsruhe (07 21) 2 85 42, Kassel (05 61) 1 84 23, Kiel 1 (04 31) 9 22 95, Koblenz (02 61) 3 60 64, Köln 41 (02 21) 4 30 10 41/42, Mannheim (06 21) 1 20 56/57, Mosbach (0 62 61) 3 37 2, München 2 (0 89) 2 9 43 10, Münster (02 51) 5 66 62, Neuss (0 21 01) 2 90-1, Neustadt a. d. Weinstr. (0 63 21) 8 25 02, Nürnberg (09 11) 2 21 9 22, Saarbrücken (06 81) 3 69 60, Stuttgart (07 11) 2 24 0 78, Trier (06 51) 7 69 12, Wattenscheid (02 3 27) 5 92 37, Wesel (02 81) 6 21 76, Wuppertal 1 (02 02) 4 51 7 52.

unklarer wird, wer nun wirklich die Schüsse abgegeben hat.“

Daß der Dichter zuweilen im Zorn terminologisch unscharf, auch unsachlich argumentiert, daß er bei der Zuteilung von Reizwörtern wie „Linke“, „Rechte“, „Notstand“, „Faschismus“ oder „Ideologie“ nicht zimperlich ist — auch dies hat ihn zum Lieblingsobjekt der Sympathisanten-Sucher gemacht. Er habe, errechnete Böll, in seinem Leben „150 000 Zeilen, Gott sei's geklagt, geschrieben und publiziert“ — wer da immer wieder nur „anderthalb Zeilen“ zitiere, begehe „Denunziation“.

Bereits 1974 hatten Unionspolitiker und -publizisten mit Hilfe von gern mißverstandenen oder auch wirklich mißverständlichen Böll-Zitaten eine Stimmung gemacht, die den Schriftsteller urteilen ließ: „Ich glaube inzwischen, daß die einzigen Menschen in der Bundesrepublik, die wissen, daß ich niemals mit der politischen Konzeption der Baader-Meinhof-Leute sympathisiert habe, sie selber sind.“

Ungenierte schrie die „Quick“: „Die Bölls sind schlimmer als Baader-Meinhof.“ Springer-Kommentator Matthias Walden hakte nach: „Der Boden der Gewalt“, sagte er 1974 im Deutschen



Sympathisanten-Kritiker Walden „Mist“ oder „Misthaufen“

Fernsehen, „wurde durch den Ungeist der Sympathie mit den Gewalttätern gedüngt“; Walden nannte in diesem Zusammenhang nur einen Namen: Böll.

Waldens Auftritt ließ erkennen, daß Böll, wie anders er auch immer formuliert haben könnte, um das Sympathisanten-Stigma nicht herumkam. Der Springer-Mann im Fernsehen:

Böll bezeichnete den Rechtsstaat, gegen den die Gewalt sich richtete, als „Misthaufen“ und sagte, er sähe nur „Reste verfallender Macht, die mit rattenhafter Wut verteidigt würden“. Er beschuldigte diesen Staat, die Terroristen in „gnadenloser Jagd“ zu verfolgen.

Böll, der kurz zuvor erst den Mord an von Drenkmann verurteilt hatte, fühlte sich verleumdet und verklagte Walden und den verantwortlichen Sender Freies Berlin. Das Oberlandesgericht Köln analysierte daraufhin die umstrittenen Böll-Außerungen und rehabilitierte den Literatur-Nobelpreisträger:

Böll habe, fanden die Richter heraus, nicht den Rechtsstaat als „Misthaufen“ bezeichnet, sondern die deutschen Feuilletons als „Mist“. Er habe auch nicht vom Rechtsstaat als „Resten verfallender Macht“ gesprochen, sondern 1966, in der Erhard-Ära, die Deformierung der staatlichen Autorität beklagt. Nicht den Staat habe er beschuldigt,



Sympathisanten-Kritiker Habe
„Marxistisch-leninistische Bettnässer“

Terroristen gnadenlos zu verfolgen, sondern eine Presse, die zur Lynchjustiz aufhetze. Und mit keinem Wort habe Böll je Gewalt gepredigt, wenn er auch vorübergehend den Terrorismus vielleicht unterschätzt habe — „aber politische Instinklosigkeit“, so die Richter, „ist etwas anderes als Sympathie mit den Gewalttätern“.

Böll bekam vom Gericht 40 000 Mark Schmerzensgeld zugesprochen. Springers Walden wurde ermahnt, nicht „auf Grund kurzer (hier überdies noch falscher) Anspielungen (Verdikte) zu Lasten einer namentlich oder sonstwie gebrandmarkten Person“ zu fällen.

Und Brandmarken ist in dieser Sparte durchaus üblich. So druckte die „Quick“ vorletzte Woche Photos von Leuten wie dem schwäbischen Mundart-Poeten Thaddäus Troll, der 1974 in einem Brief an den hannoverschen Justizminister gegen vermeintliche „Sonderbehandlung“ des in Hannover ein-sitzenden niederländischen Terroristen Ronald Augustin protestiert hatte. „Quick“: „Natürlich sind die Frauen und Männer auf den folgenden Seiten keine Mörder, keine Terroristen. Jedoch

STAEDTLER

LUMOCOLOR AV-Füller

eine echte Problemlösung
für den
Overhead-Praktiker



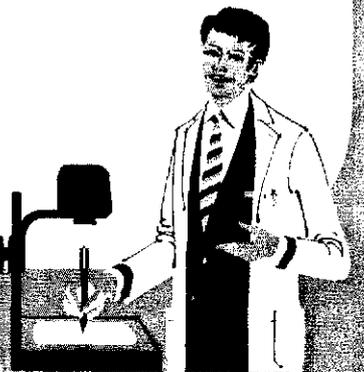
LUMOCOLOR AV-Füller

schreiben
gleichbleibend fein,
lang, länger,
für immer

Ihr Edelstahlröhrchen garantiert
für immer gleichbleibend feine
Schrift, von Anfang an und auf die

Dauer.
Das kann kein Faserschreiber,
auch nicht der feinste.
Wenn Ihr LUMOCOLOR AV-Füller
doch mal zu lange offen liegen
bleibt und die Tinte angefroren
ist, dann machen ihn ein paar
Tropfen Wasser schnell wieder
flott.

Auch das ist bei Faserschreibern
nicht möglich.
Und wenn die erste Patrone
leergeschrieben ist, einfach eine
neue einsetzen — und schon
schreibt er weiter — immer wieder
und immer wieder gleich fein,
problemlos.*



LUMOCOLOR AV-Füller 716
gibt es in drei Liniendicken:
F = fein (0,33 mm)
M = mittel (0,5 mm)
B = breit (0,7 mm)
und für 4 Farben: schwarz, blau, rot, grün
und dazu auch praktische Arbeitskassetten.

LUMOCOLOR AV-Füller können auch in
Zirkeln eingesetzt und in Schablonen
verwendet werden.
Ihre Tinte läßt sich mit Wasser entfernen
oder mit einem AV-Speziallötlösung
korrigieren.

* Nur eine Kleinigkeit sollten Sie beachten:
Er hat es nicht gem., wenn zu viel Wärme
ihn ins Schwitzen bringt. Lassen Sie ihn
deshalb nicht auf dem heißen Projektor
liegen, und auch nicht (in der Tasche)
neben der Heizung.



wenn sie alle — und mancher von uns — nicht gedankenlos zu Mitläufern geworden wären, wenn ...“

Da half es Troll nur wenig, daß er einige Tage zuvor erklärt hatte: „Ich habe keinen Funken Verständnis für die Terroristen. Sie bilden für mich keine Linksgruppe, sie sind übelste Faschisten.“ Der Abdruck dieses neuen Troll-Zitates mußte eher suggerieren, Troll habe die Terroristen früher anders eingeschätzt — wofür es keine Anhaltspunkte gibt. Der Ruch, „Sympathisant“ („Quick“) zu sein, wird ihm weiterhin anhaften.

„Ich darf sagen, deutschfeindliche Haltung.“

Was das aber bedeuten kann, bekam letzte Woche die katholische Schriftstellerin Luise Rinser, 68, zu spüren, von „Quick“ gleichfalls der Sympathie geziehen: Die Volkshochschule im schwäbischen Gerlingen mußte eine Rinser-Lesung absagen, nachdem Bürger „Aktionen“ gegen die Autorin angedroht hatten und die Veranstalter deren „Sicherheit... nicht mehr garantieren“ konnten.

Luise Rinser hatte 1970 laut „Quick“ die „flüchtigen Andreas Baader und Gudrun Ensslin in ihrer Wohnung bei Rom aufgenommen“, nach eigener Darstellung hingegen dort „nur ein Gespräch mit ihnen geführt“. Sie habe damals — spektakuläre Taten der gerade im Entstehen begriffenen Baader-Meinhof-Gruppe standen zu jenem Zeitpunkt erst noch bevor — „nicht gewußt, daß sie sich unerlaubt in Italien aufhielten. Nachdem ich später erfahren hatte, daß Baader und Ensslin illegal im Ausland waren, habe ich kurze Zeit darauf einen erneuten Besuch abgelehnt“.

Die Reaktion der Künstlerin auf die Erzählungen der beiden brachte ihr den Ruch ein, sich mit deren Zielen zu identifizieren. Über die Motive Gudrun Ensslins urteilte sie 1971 in ihrem Buch „Grenzübergänge“:

Was so jemand wie Gudrun Ensslin eigentlich wollte, ist das Ersetzen der Macht durch den gegenseitigen Dienst. Dieser Absicht steht die Mauer des bürgerlichen Unverständnisses gegenüber. Diese Mauer gilt es zu durchbrechen. Das Mittel scheint den Radikalen: das unaufhörliche Aufstören des Gewissens der Bürger... Je stärker ihre Störmittel werden und je mehr sie sich dem nähern, was man „kriminell“ nennt, desto mehr Grund liefern sie dem Bürger, nicht nur ihre Mittel, sondern auch ihr Ziel für verbrecherisch zu betrachten. Und schon hat er sein Alibi dafür, daß er nichts zu verändern brauche, ja daß Veränderung an sich schlecht sei.

Als Sympathisantin der Buback-Mörder und der Schleyer-Entführer des Jahres 1977 mag sich die Schriftstellerin keineswegs bezeichnen lassen:

Ich habe mich nie mit Gewalttaten solidarisch erklärt. Als Christin bin ich absolut



Sympathie-Verdächtige Luise Rinser
„Mauer des Unverständnisses“

gegen jede Gewalt, von wem auch immer ausgeübt, die sich gegen Menschenleben richtet. Ich verabscheue Mord.

Beteuerungen dieser Art verhindern nicht einmal dort den Verdacht der Terrorkumpanei, wo gleichsam das ganze Land zusehen kann und die Bürger es besser wissen müssen. So druckte beispielsweise die „Welt“ nach dem Schleyer-Attentat eine Karikatur ihres Zeichners „Hicks“, die einen entschlossen gestikulierenden Willy Brandt an einem Rednerpult zeigt, an dem die Mikrophone miteinander tuscheln: „Ihr hättet ihn 1972 über Thema Terror hören sollen“ — gerade so, als hätte Brandt nicht auch in jenem Jahr, als Kanzler, dazu aufgerufen, den Terroristen „mit allen rechtlichen Mitteln das Handwerk zu legen“, und obendrein, auch unter dem Eindruck der Terrora-

ten, den seither umstrittenen Radikalerlaß unterzeichnet.

Als Terror-Sympathisanten gehandelt werden seit Jahren insbesondere liberale Justizpolitiker wie der Freidemokrat Professor Ulrich Klug. Als Klug 1974, damals Justiz-Staatssekretär in Düsseldorf, BM-Häftlingen dienstliche Besuche abstattete, sprachen Christdemokraten von „Kumpagnei“; der katholische „Rheinische Merkur“ schrieb anzüglich, Klug habe sich in der Zelle Gudrun Ensslins „offenbar — privat — sehr wohl“ gefühlt.

Die Rufmord-Kampagne gegen Klug — der mit seinen Besuchen der „Isolationsfolter“-Kampagne entgegenwirken wollte — setzte lediglich aus, als der liberale Politiker, mittlerweile Justizsenator in Hamburg, um ein Haar einem Sprengstoffanschlag entging, für den RAF-Terroristen „die Verantwortung“ übernahmen.

So drastischer Belege bedarf es offenbar, um wenigstens vorübergehend der Verdächtigung zu entgehen, mit Terroristen sinnverwandt zu sein — nachgerade typisch für die Situation vieler Liberaler und Literaten, die, nicht nur in der westdeutschen Gesellschaft, im Zweifel ein paar Skrupel mehr und ein paar Vorurteile weniger haben.

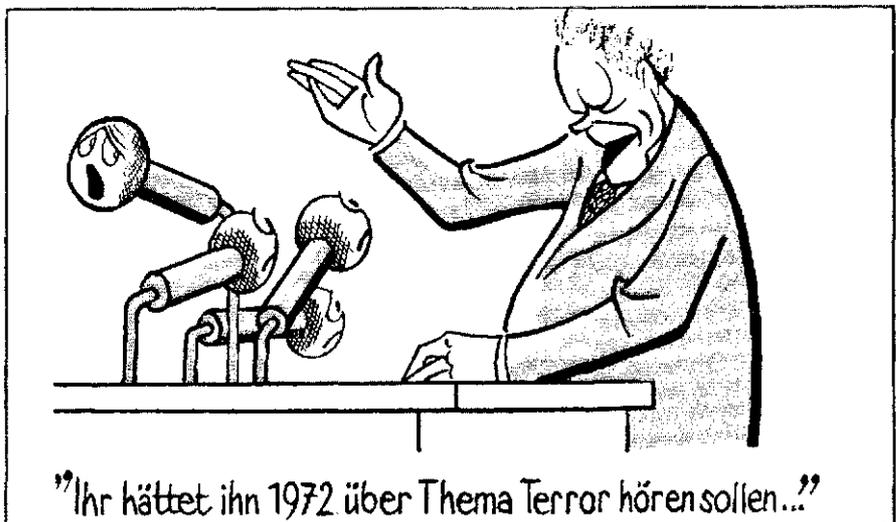
Das paßt ebensowenig ins „Welt“-„Bild“ schweigender Mehrheiten wie in die beklemmend enge Sehschlitze-Perspektive der Terroristen. Für die Baaders und Ensslins waren die Gollwitzer und Bölls stets nützliche Idioten, bestenfalls.

Aus einem Mahler-Kassiber 1973:

Ran an Gollwitzer, an Bischof Scharf, an Bloch. Tretet sie. Was macht Böll?

Aus einem Ensslin-Kassiber 1973:

Wart ihr bei Böll, Sölle, scharf, mitscherlich, niemöller, nochmal gollwitzer, amnesty, flechtheim, schallück, brentano und dann noch bei all denen, die wir euch gesagt haben? ... preuss bastelt an der anzeige gegen posser/Knoblich/BA/Anstalt... wenn er damit fertig ist, sollen die RA's damit zu Böll, Sölle usw. — s. o.



„Welt“-Karikatur: Klassische Züge des McCarthyismus

– und DIE auffordern, die Anzeige mit zu unterschreiben... wenn sie's aber nicht tun – und nat. tun sie's wahrscheinlich nicht, kann man sie aber damit erpressen.

Aus einem Ensslin-Kassiber 1973:

Eine Rote Hilfe, die die Reste der bürgerlich-liberalen Front ortet, sammelt, aufbaut. Ihr Bier ist die Öffentlichkeit, die sogenannte, also das Menschenexperiment, die Übergriffe, die Auswüchse... Zitzlaff und andere müssen diese Rote Hilfe machen, Gollwitzer an die Spitze zwingen etc.

Ginge es wirklich um „Auswüchse“, um „Menschenexperimente“, dann wären die Gollwitzer allemal an der Spitze. Aber eher als andere auch laufen engagierte Humanisten Gefahr, sich vor den falschen Karren gespannt zu sehen. „Und die Denker werden sich künftig penibler fragen müssen“, so die „Zeit“, nach der jüngsten Anschlagserie, „welches Chaos ihre Gedanken in den Hirnen ungefestigter, neurotischer Fanatiker anrichten mögen.“

Ein Restrisiko bleibt für diesen Typ der Intellektuellen immer, wenn er nicht ablassen will, zu zweifeln und zu fragen, wo für andere längst das letzte Wort gesprochen ist. Daß sie deswegen in die Mangel genommen werden, kann sie denn auch nicht wundern, „diese Herren“, wie sich Carl-Dieter Spranger von der CSU vernehmen läßt, „ohne deren Reden und Handeln die Bedrohung des Terrorismus von heute nicht denkbar wäre“.

Gollwitzer ahnte schon, „daß man Kübel über uns ausschütten würde“. Martin Niemöller weiß, was es geschlagen hat: „Wehe, wenn wir nicht entrüstet sind.“ Und das soll nun wohl für alle gelten.

Verpetzt wird derzeit alles, was auch nur entfernt als differenzierte Äußerung zur Gewalt auszugeben ist – Ansätze zu gedankenpolizeilicher Großfahndung wie zu den Zeiten des Senators McCarthy, der in den Fünfzigern mit einem Senats-Ausschuß gegen „un-amerikanische Umtriebe“ der US-Intelligenz zu Felde zog.

Peinlich reimt es sich auf McCarthy, wenn CSU-Chef Strauß dem SPD-Chef Brandt eine „ich darf sagen, deutschfeindliche Haltung“ unterschiebt. Im gleichen Ton vermeldet „Bild“, daß „Deutschfeindlichkeit“ des Auslands durchhaus „nicht immer in der Fremde“ gehäkelt wird, sondern manchmal auch in deutschen Äußerungen ihren Ursprung hat. Auch das Wort vom „Zersetzen“ („Welt“) geht schon auf Runde.

Der Eifer, „Roß und Reiter“ (Strauß) der Terrorszene möglichst

auch in der Nachbarschaft ausfindig zu machen, mündet gelegentlich schon ins Groteske. Im holsteinischen Mölln durchsuchte Polizei das Haus der englischen Punk-Rock-Gruppe „Vibrator's“. „Bild“ sagte, warum: „Diese neue Untergrundmusik aus den englischen Slums fordert zu Aggression und Rebellion auf.“

Einem Asta-Vorstandsmitglied und einem Assistenten der Bochumer Universität wurde die Wohnung gekündigt, weil der Göttinger Mescalero-Nachruf auf Buback auch an der Bochumer Hochschule „als Diskussionsgrundlage angepriesen“ und „für wichtig erklärt“ worden sei (Kündigungsschreiben). Der Hauswirts-Anwalt an die Mieter: „Ihre Anwesenheit ist unzumutbar.“

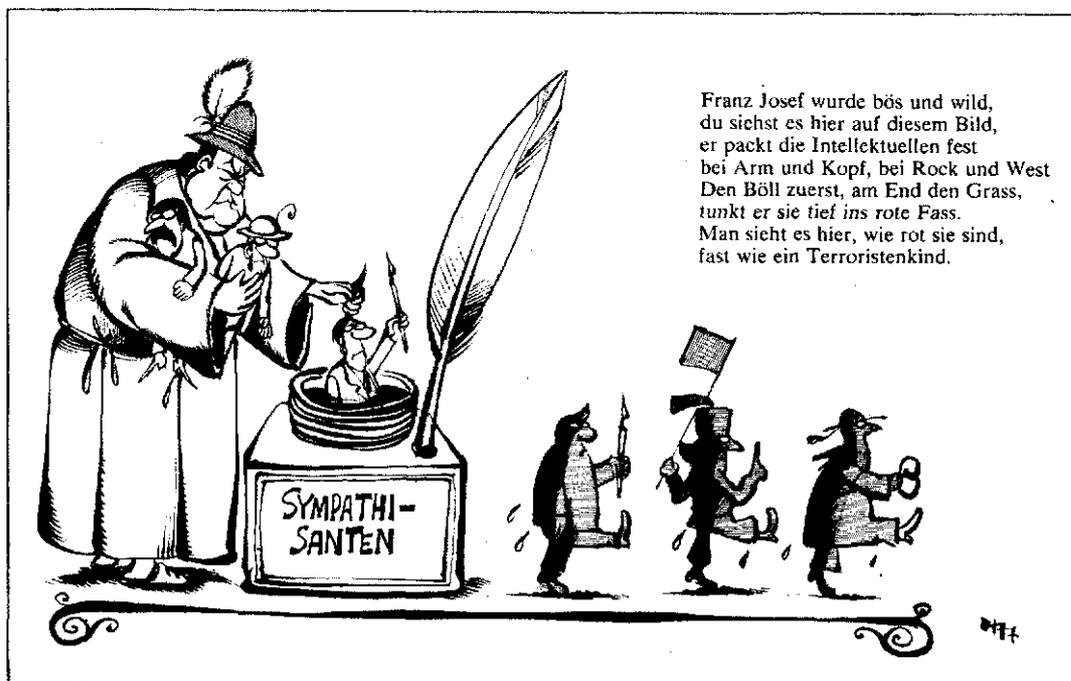
In München war ein Elvis-Presley-Song dran, dessen Text, frei ins Bayri-

scher Pflichtbekenntnisse zum Thema Terrorismus macht es deutlich.

Viele, die jetzt sagen, daß sie dagegen sind, haben nie im Ernst etwas anderes geäußert. Heinrich Böll, etwa, der es satt hat, „ewig gezwungen zu sein zu dementieren, Presseerklärungen zu geben“, erklärt sich trotzdem wieder. Zusammen mit Gollwitzer, Scharf und Albertz appellierte er an „den letzten Rest Menschlichkeit“ (Gollwitzer) der Kölner Mörder.

Niedersachsens Innenminister, der FDP-Landesvorsitzende Rötger Groß, wünschte sich, daß nun auch andere Gruppierungen sich „unzweideutig“ vom Terrorismus distanzieren hätten. Dabei distanzieren sie sich ringum schon wie am Schnürchen.

Die Jungsozialisten erklärten „hiermit erneut“ ihre Ablehnung des Ter-



Franz Josef wurde böse und wild,
du siehst es hier auf diesem Bild,
er packt die Intellektuellen fest
bei Arm und Kopf, bei Rock und West
Den Böll zuerst, am End den Grass,
tunkt er sie tief ins rote Fass.
Man sieht es hier, wie rot sie sind,
fast wie ein Terroristenkind.

Nebelspalter, Schweiz

sche übersetzt, vom Stadtjugendamt auf einem Flugblatt verbreitet worden war: „Und da Hunga duad weh, und da Hunga treibt 'n auf d' Straß bei da Nacht, und da Hunga lernt eahm 's Schtehn, und wia ma zuaschlogt.“ An dem Flugblatt, in dem auf die Bedeutung der Jugendarbeit in „sozialen Brennpunkten“ hingewiesen wurde, nahm der CSU-Abgeordnete Richard Hundhammer Anstoß: Da werde „angedeutet, daß Jugendliche vor Hunger und Kälte in ihrer Verzweiflung zum Diebstahl von Kraftfahrzeugen und zum Schußwaffengebrauch getrieben werden“. Eine derartige Argumentation rücke „bedenklich nahe an die von Terrorbanden und Linksextremisten“.

Solche Randgeschehnisse des Terroristensommer 77 zeigen auf, wie tief die Diskussion um Sympathisanten zu greifen beginnt. Das politische Klima zeigt Wirkung, die Unzahl druckfri-

rors. Oldenburgische Hochschullehrer sagten sich öffentlich von einer Buback-Dokumentation los, und auf Wunsch eines CDU-Landtagsabgeordneten gleich noch einmal: Die Terrorakte hätten sie „mit Erschrecken und Entsetzen“ aufgenommen.

Im neuen Verdachtsklima von Terror und Sympathisantenuche keimen klassische Züge des McCarthyismus: Verfolgungssucht und Rufmordkampagnen auf der einen Seite, Rechtfertigungszwang und Entschuldigungsmarie auf der anderen. Unter dem Stichwort Sympathisant alias Deutschenfeind alias Volksverräter alias vaterlandsloser Geselle gedeiht wieder einmal deutscher Aberwitz, wie er im Geschichtsbuch steht.

Im nächsten Heft

Die Hochschulszene – Studenten und Terror – Wohin steuern die K-Gruppen?